

1925.
17.25-17.30
17.30-17.35
17.35-17.40
17.40-17.45
17.45-17.50
17.50-17.55
17.55-18.00
18.00-18.05
18.05-18.10
18.10-18.15
18.15-18.20
18.20-18.25
18.25-18.30
18.30-18.35
18.35-18.40
18.40-18.45
18.45-18.50
18.50-18.55
18.55-19.00
19.00-19.05
19.05-19.10
19.10-19.15
19.15-19.20
19.20-19.25
19.25-19.30
19.30-19.35
19.35-19.40
19.40-19.45
19.45-19.50
19.50-19.55
19.55-20.00
20.00-20.05
20.05-20.10
20.10-20.15
20.15-20.20
20.20-20.25
20.25-20.30
20.30-20.35
20.35-20.40
20.40-20.45
20.45-20.50
20.50-20.55
20.55-21.00
21.00-21.05
21.05-21.10
21.10-21.15
21.15-21.20
21.20-21.25
21.25-21.30
21.30-21.35
21.35-21.40
21.40-21.45
21.45-21.50
21.50-21.55
21.55-22.00
22.00-22.05
22.05-22.10
22.10-22.15
22.15-22.20
22.20-22.25
22.25-22.30
22.30-22.35
22.35-22.40
22.40-22.45
22.45-22.50
22.50-22.55
22.55-23.00
23.00-23.05
23.05-23.10
23.10-23.15
23.15-23.20
23.20-23.25
23.25-23.30
23.30-23.35
23.35-23.40
23.40-23.45
23.45-23.50
23.50-23.55
23.55-24.00

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis mit den Wochenbeilagen „Wilder der Woche“ u. „Spottvogel“ durch die Post für 80 Pf. (Postgebühren 7 Pf.), im Restantemittel (30 Pf.) 28 Pf. für die Offiziere u. Nachweisung 21 Pf. für die Familienangehörigen ermäßigt. Einzelnummern 15 Pf. Geschäftsstellen: Dölterstr. 4 (Dampfschiff) u. Gorbachstr. 33. — Im Falle des Verfalls (Streik usw.) besteht kein Anspruch auf Lieferung od. Rückvergütung. Anzeigenpreis für 80 Pf. (Postgebühren 7 Pf.), im Restantemittel (30 Pf.) 28 Pf. für die Offiziere u. Nachweisung 21 Pf. für die Familienangehörigen ermäßigt. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Merseburg. Anzeigenfrist 10 W. vorm. — Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Postfachkonto Leipzig 16654. Fernspr. 100/101.

Nr. 23 Mittwoch den 28. Januar 1925 165. Jahrgang

Tageschronik

Die Pariser Morgenblätter melden, daß die deutsche Regierungsnote von den Verbündeten nicht beantwortet werden soll.

In der französischen Kammer wird Herriot heute nachmittags über die Frage der interalliierten Schulden und die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland sprechen.

Die Reparationskommission wird am 15. Februar Afrika mehrere deutscher Konzerne zum Verkauf bringen.

Die belgische Regierung hat die Auflösung des Parlaments für März beschloffen.

Deutschlands Antwort.

Berlin, 27. Jan. Die Note der Reichsregierung auf die Kollektivnote der Nämungungsfrage ist Dienstag vormittags den alliierten Vertretern übergeben worden. Sie lautet: „Der Vorkämpfer! In der dem Herrn Reichsanstänger am 26. Januar überreichten Note erklären die alliierten Regierungen, daß sie einwilligen nicht die Absicht haben, die Frage der Nämung der nördlichen Rheinlandszone mit der deutschen Regierung zu erörtern oder auf die Darlegungen der deutschen Note vom 6. Januar einzugehen.“

Die vorstehende Note enthält in ihrer ersten Note angeforderte Mitteilung derjenigen Punkte, von deren Erledigung die Nämung dieser Zone abhängig machen wollen, erneut auf eine spätere Zeit, wobei sie, ebenso wie früher, mögliche Beschränkungen dieser Mitteilung in Aussicht stellen. Im übrigen beschränken sie sich darauf, der deutschen Regierung eine Verurteilung der Tragweite der Artikel 428 und 429 des Versailler Vertrags entgegenzusetzen und die Behauptung zu wiederholen, daß Deutschland die in diesen Artikeln vorgesehene Voraussetzung für die frögemäße Nämung der nördlichen Rheinlandszone nicht erfüllt habe.

Die deutsche Regierung muß zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Ausführungen der deutschen Note vom 6. Januar den alliierten Regierungen lediglich zu einer formalen Erwiderung Anlaß gegeben haben, die diese für Deutschland und für die europäische Verständigung zu bedeutungsvolle Angelegenheit in keiner Weise fördert. Die alliierten Regierungen halten die deutsche Regierung wie auch die Selbstlosigkeit noch immer in Ansehung des Tatsachenmaterials, mit dem sie den von ihnen bereits vor mehreren Wochen gefassten Beschluß begründen wollen. Das deutsche Wort wird wiederum der Nichterfüllung des Vertrags beschuldigt, ohne daß ihm die Möglichkeit gegeben würde, sich gegen diese Beschuldigung zu verteidigen. Die alliierten Regierungen ziehen aus einer einseitigen Beurteilung des Sachverhalts die schwerwiegendsten Folgerungen und leihen es in ihrer neuen Note sogar bis auf weiteres ausdrücklich ab, mit der deutschen Regierung in eine Erörterung der Angelegenheit einzutreten.

Die deutsche Regierung vermag nicht zu verstehen, inwiefern ihre eine Verurteilung der Tragweite der Artikel 428 und 429 vorgenommen werden könnte. Sie hat nicht besprochen und bespricht nicht, daß diese Artikel die Nämung der nördlichen Rheinlandszone am 10. Januar 1925 von gewissen Voraussetzungen abhängig machen. Ihre Behauptung geht vielmehr dahin, daß diese Voraussetzungen erfüllt sind. Die Tatsache der völligen Entwaffnung Deutschlands ist zu offensichtlich, als daß die alliierten Regierungen die Nichterfüllung des vertragsmäßigen Nämungstermins mit dem gegenwärtigen Stande der deutschen Abrüstung begründen könnten. Die alliierten Regierungen scheinen in ihrer Note einen Unterschied zwischen der Tragweite des Artikels 428 und des Artikels 429 in dem Sinne machen zu wollen, daß im Artikel 429 vorgesehene stufenweise Nämung eine von ihrer Entscheidung abhängige Verkündung für Deutschland darstelle. Dies würde dem Harter Wortlaut des Vertrags widersprechen, der keinen Zweifel darüber läßt, daß die Bestimmungen des Artikels 429 nicht weniger bindendes Vertragsrecht sind als diejenigen des Artikels 428.

Das gemeinsame Interesse an einer fruchtbarsten politischen Zusammenarbeit gestaltet es nicht, den gegenwärtigen Zustand, der das Schicksal eines großen deutschen Gebiets und seiner Bevölkerung im Augenblick läßt, für unbestimmte Zeit zu verlängern. Die deutsche Regierung erwartet deshalb, daß die alliierten Regierungen die Mitteilung des angeforderten Materials nunmehr alsbald folgen lassen und so die Voraussetzung für eine Verständigung über die Beilegung des entstandenen Konflikts schaffen. Ich bitte Sie um.

Pariser Kommentare zur Note.

Paris, 28. Jan. Die deutsche Antwort auf die interalliierte Note vom 26. Januar über die Verlängerung der Besetzung Kölns wurde gestern nachmittags um 6 Uhr telephonisch aus Berlin nach Paris übermittelt. Die Morgenblätter melden, daß eine Antwort der Verbündeten darauf nicht erfolgen werde. Die Fortsetzung des Notenaustausches erübrigt sich, weil die Alliierten in zwei Wochen an Hand des Schlußberichtes der Kontrollkommission eine letzte zusammenfassende Note abfassen würden.

Der „Matin“ hebt hervor, Stresemann habe es bei einem persönlichen Protest bemerken lassen müssen. In der Schnelligkeit der Beantwortung der interalliierten Note sehe man einen Beweis dafür, daß das Kabinett Lüttich auf außenpolitischen Gebiet rege Tätigkeit entfalten werde. Der „Temps“ meint, trotz der Schnelligkeit könne Lüttich auch nicht den Beweis erbringen, daß Deutschland abgerüstet habe. Die interalliierte Kommission habe unwiderlegbare Feststellungen gemacht, die ein einfaches Dementi nicht entkräften könne. Die linkssteigende Presse enthält sich vorläufig jeder Kommentierung über die deutsche Note. Der nationalfidele „Volo“, der sich in Lieberbreitungen nicht gegen sein taun, nennt die deutsche Note „einen neuen Schlag in das Gesicht der Verbündeten“. Dr. Lüttich vertausche die Rollen und fordere, daß die verbündeten Regierungen den Beweis für die Beilegungen erbrächten.

Der Berliner Korrespondent der „Information“ melbet seinem Blatte, daß man in deutschen Regierungskreisen von dem Tone der letzten alliierten Note unangenehm überrascht sei. Man stellt allgemein fest, daß dieser brisante Ton an jene Zeit erinnere, wo die alliierten Staaten mit Ultimaten vorgegangen sind, und man erklärt, daß es schwierig sei, aus dieser Note der Alliierten eine Möglichkeit herauszufinden, um zu einem Kompromisse zu gelangen.

England konform mit Frankreich.

London, 27. Jan. Wie das Deutsche Büro erklärt, ist es ermächtigt, die Nachricht, daß Großbritannien eine Nämung der Kölner Zone erwäge, nachdrücklich zu demontieren. Hinsichtlich der Gerüchte über Verhandlungen zwischen Deutschland und Großbritannien in dieser Frage müsse erneut festgestellt werden, daß diese Frage nicht Großbritannien allein angehe, sondern eine interalliierte Angelegenheit ist.

Auch Württemberg protestiert gegen die Nämung Kölns.

Stuttgart, 27. Jan. Der Württembergische Landtag eröffnete seine heutige Plenarsitzung mit einem Protest gegen die Nämung Kölns. Präsident Körner führte u. a. aus: Trogden von den zuständigen deutschen Stellen darauf hingewiesen wurde, daß die weitere Besetzung der nördlichen Zone folgen haben könne, die nicht nur vom deutschen, sondern auch von gesamtdeutschen Standpunkt aus gefährlich ergehe, so die Nämung durch die Alliierten nicht erfolgt. Der Württembergische Landtag gebe seiner Entschiedenheit darüber Ausdruck, wenn von Sicherheiten gegen frögemäße Absichten gesprochen werde, so hätte wohl das empfindendste deutsche Volk vor allen Völkern der Welt das Recht, zu seiner friedlichen Ermüdung Sicherheiten zu fordern.

Die Note Raynaldis.

Berlin, 28. Jan. Staatssekretär von Trendelenburg trifft morgen in Berlin ein, um im Kabinett über die nach der letzten Note Raynaldis gestaffelte Lage und den Stand der Pariser Wirtschaftsverhandlungen zu berichten. Die Note Raynaldis entspricht nicht den deutschen Erwartungen.

weil Frankreich für das definitive Handelsabkommen erneut von der im Protokoll vom 12. Oktober 1924 gemachten Zugabe der praktischen Maßbegünstigung abweicht mit der Begründung, daß die deutschen Produktionsverhältnisse weit günstiger seien als die Frankreichs. Eine gewisse Diskriminierung der deutschen Waren an sich demnach nach französischer Auffassung auch im endgültigen Handelsabkommen Platz finden. Was das Provisorium angeht, das bis zum 1. 12. 25 dauern soll, so laßt die Note nur für einen Teil der deutschen Erzeugnisse den Minimaltarif zu, so für fast alle Rohstoffe, für Nahrungsmittel und eine Anzahl chemischer Produkte: für eine Anzahl von Textilwaren und einige Maschinen- und Gasprodukte, ferner für gewisse Erzeugnisse der elektrischen Industrie.

Bei den 800 Positionen im französischen Zolltarif besagt dieses Zugeständnis sehr wenig. Den neuen Minimaltarif will Frankreich für gewisse Produkte der Maschinen- und keramischen Industrie, für Papier, Klebstoff, Schwefel usw. zubilligen. Auch hier fehlen genauere Angaben. Den Zolltarif bietet Frankreich für eine Anzahl von Waren an, die nicht aufgeführt sind. Der Zolltarif beträgt 75-80 Prozent weniger als der französische Normaltarif. Raynaldis fordert ferner Angaben über die deutschen Zölle.

Während die Anregung, eine freundschaftliche Unterbrechung der Verhandlungen einzutreten zu lassen, von Frankreich ausgegangen war, und Deutschland diese Anregung auf-

Das Eisenproblem.

In den Räumen der deutschen Handelsdelegation in Paris ist ein geheimnisvoller Einbruch verübt worden und am anderen Tage veröffentlicht der „Temps“, das Blatt, das der französischen Regierung und zugleich auch der französischen Schwerindustrie nahesteht, das Dokument eines angeblichen Abkommens zwischen der deutschen Eisen-schaffenden und Eisen verarbeitenden Industrie, das auf eine gemeinsame Vereinbarung über den der deutschen Eisenzeugung zu gewährenden Zollschutz hinausläuft. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die deutsche Eisen- und Stahlproduktion eines solchen Zollschutzes bedarf, weil sie sich eines unteueren ausländischen Wettbewerbes erwehren muß. Der Wettbewerb, der von der Eisen- und Stahlzeugung Frankreichs her droht, muß von vornherein als unerbittlich charakterisiert werden. Frankreich hat sich im Vertrage von Versailles an Eisenzeugungsbereichen überlassen und wird ganz bestimmt versuchen, die schon erheblich aufgetretenen Produktionsbeschränkungen durch ein Dumping billigerer Art zu beheben. Die deutsche Eisen verarbeitende Industrie, deren wesentlicher Teil in Süddeutschland liegt, verfügt über alle Beziehungen zu dem Lotharinger Gebiet und dem benachbarten Saarrevier und man wird nicht von ihr verlangen wollen, daß sie diese Beziehungen ohne weiteres abbricht, schon aus dem Grunde nicht, um nicht das deutsche Saargebiet auf das schwerste zu schädigen und dem ehemaligen deutschen Lothringen auf diese Weise den Todesstoß zu verlegen. Andererseits ist die deutsche Eisen- und Stahlgewinnung durchaus in der Lage und darauf angewiesen, den Eisenbedarf in Deutschland zu decken. Sie hat zwar über 37% ihrer Absatzgewinnungsmöglichkeit verloren und fast die Hälfte des Rohstoffverbrauchs eingebüßt, aber gesteigerte Leistung vermag einen großen Teil dieses Verlustes wert zu machen und es liegt im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft, die Einfuhr so niedrig wie möglich zu halten, dafür aber die Ausfuhr auf das erreichbare Höchstmaß zu steigern. Von der Steigerung der deutschen Ausfuhr würde vor allem die deutsche Eisen verarbeitende Industrie einen wesentlichen Vorteil haben, die ganz besonderen Wert darauf legen muß, daß ihr der Absatzmarkt in Frankreich mindestens in dem gleichen Maße wie den anderen Ländern geöffnet wird. Es bestehen also widerstreitende Interessen zwischen den beiden sich an sich ergänzenden Gruppen der deutschen Eisenindustrie und es muß ein Weg gesucht werden, zu einem Ausgleich zu kommen.

Der in der Veröffentlichung des „Temps“ vorgesehene Weg ist als solcher gewiß gangbar und eröffnet daneben zugleich die Möglichkeit, mit Frankreich zu einem befriedigenden Abschlusse zu kommen, wenn man auf französischer Seite nicht mit allen Mitteln darauf hinarbeitete, die deutsche Wirtschaft zu terrorisieren, ihre einzelnen Teile zu Gunsten Frankreichs gegeneinander aufzuhängen und wie man das im Vollzettel zu tun, auch im Wirtschaftsleben mit Diktator zu arbeiten. Die Möglichkeit für die Unterlegen für die im übrigen zum Teil verfallenen und zum mindesten tief wiedergegebenen Mittelungen des französischen Blattes durch den Einbruch in der deutschen Handelsdelegation gewonnen wird, so ist das charakteristisch für die von Frankreich beliebten „Verhandlungsmethoden“, die beweisen, daß es Frankreich nicht auf einen beiden Ländern gerecht werdenden Abschlusse ankommt. Tatsächlich bedeutet ein solcher Vertrag, der bisher noch nicht abgeschlossen, sondern nur vorgeschrieben ist, eine Verleumdung, wie sie in Frankreich ungewöhnlich aufweist und die das deutsch-französische Eisenproblem unter Übernahme von Opfern durch die deutsche Eisen erzeugende Industrie zu einer Lösung zu führen vermöchte, wenn Frankreich überhaupt zur friedlichen Lösung zu haben wäre. Die Veröffentlichung des gestohlenen Protokolls beweist erneut den schlechten Willen Frankreichs, das Eisenproblem ganz einseitig zu lösen und erreicht damit das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes, zumal aus den im Protokoll niedergelegten, Gedankenlagen unbestreitbar hervorgeht, daß beide Gruppen der deutschen Industrie alles, was in ihren Kräften liegt, zu tun wollen, um den Abschlusse eines befriedigenden deutsch-französische Wirtschaftsabkommens zu fördern.

gegriffen hatte, versucht sie Raynaldis Note als deutschen Originalgedanken hinzustellen. Zum Schluß macht sie auf die Abmachungen der deutschen Eisen verarbeitenden und Eisen schaffenden Industrie aufmerksam und betont, diese Abmachungen seien geeignet, einen deutsch-französische Vertrag zu sabotieren. Die Note gibt der Hoffnung Ausdruck, daß beide Teile zu einem günstigen Abschlusse kommen mögen.

Änderung der französischen Zollgesetz?

Paris, 28. Jan. „Ces Nouvelles“ glaubt zu wissen, daß Handelsminister Raynaldis den Versuch machen werde, eine Änderung der französischen Zollgesetz zu veranlassen. Das Blatt bespricht aber, daß das Parlament jede Veränderung der Zollbestimmungen ablehnen wird und meint, das Jögern der deutschen Delegation, das parlamentarischen Schwierigkeiten Raynaldis Rechnung trage, sei begründet. Es drückt den Wunsch aus, daß sich das Parlament der bevorstehenden wirtschaftlichen Krise nicht verschließen und entsprechend zu Werke gehen möchte. Die Ausführungen des Blattes spielen in der Anregung, daß anknüpfend der Frage der Maßbegünstigung für Elsaß-Lothringen Schritte zur Einberufung einer internationalen Konferenz unternommen werden mühten.

Ein neuer Anleiherstellungsplan.

Aufwertung der Kriegsanleihe.

In der gestrigen Sitzung des Aufwertungsausschusses sprach nach dem Antritt des Präsidenten ein dessen Rede mit gleichem bereits veröffentlichten, Finanzminister v. Schöner, die Bedeutung der Notwendigkeit einer endgültigen Regelung, damit die Wertschwankung in der Folge von Beurlaubungen durch die Aufwertungsfrage verschont bleibe. Die Regelung dürfte nicht ausschließlich unter fiskalischen Gesichtspunkten erfolgen, auch der sozialen Gerechtigkeit müßte Rechnung getragen werden. Inwiefern diese Gesichtspunkte dem Wohl der Gesamtwirtschaft, den Interessen der einzelnen Vorange, aber es werde und müsse ein Mittelweg gefunden werden.

Bei den öffentlichen Anleihen denke er sich die Aufwertung so, daß mit in erster Reihe die bedacht werden, die dem Reich in der Zeit der Not mit ihrem Gede beigesteuert seien, und unter diesen müssen wieder die Bedürftigen bevorzugt werden. Große Schwierigkeiten bereite die Unterbrechung zwischen alten und neuerwerbenden Anleihebesitzern. Man hoffe aber, jetzt einen Weg gefunden zu haben, der für die Banken gangbar sei. Er hoffe bestimmt, daß die Banken an der vorgesehenen Art der Regelung mit allen Kräften mitwirken und auch Mühen und Kosten nicht scheuen würden.

Ein Antrag Herat.

Nach einem Antrag des deutschnationalen Abg. Herat wurden die Verhandlungen des Aufwertungsausschusses auf eine Woche vertagt. Herat verlangt, die Reichsregierung solle sofort einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den vorgesehen wird, daß die vor den Aufwertungsstellen und ordentlichen Gerichten anhängigen Verfahren über Aufwertungsstreitigkeiten bei den eine Entscheidung auf Grund der Dritten Steuernotverordnung, der Durchführungsbestimmungen und der auf Grund des Artikels 48 zu dieser Verordnung erlassenen Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Dezember 1924 getroffen werden muß, auf Antrag eines Beteiligten bis zur gelegentlichen Neuregelung der Aufwertung ausgesetzt werden. Auf Anfrage des Reichsfinanzministers erklärte Abg. Herat, daß durch diese Entscheidung der sämtlichen Regelungen der Aufwertungsfrage nicht vorgegriffen werden soll.

Neuregelung der Hauszinssteuer.

Neben der Aufwertung der öffentlichen Anleihen steht als besonders wichtig die des Grundbesitzes, die der Reichsjustizminister kurz berührte. Es ist vor allem die Frage der Hauszinssteuer, die nach Ansicht der Parteien neu geregelt werden muß, werden doch durch die Härte gerade dieser Steuer Vermieter und Mieter in gleicher Weise belastet. Wie vor, wünscht man die Hauszinssteuer, die demnach bis zum 31. März 1926 geltend gemacht wird, auf diesen Termin in Form einer gesetzlich festgelegten eine besser ausgearbeitete Aufwertungs- und Inflationssteuer zu ersetzen.

Reichstag und Aufwertung.

Berlin, 27. Jan. In parlamentarischen Kreisen rechnet man nach den heutigen Regierungserklärungen im Aufwertungsausschuss damit, daß das neue Aufwertungsengesetz dem Reichstag in drei bis vier Wochen zugehen wird. In der Zwischenzeit wird sich der Aufwertungsausschuss mit der Kenntnis des Reichsfinanzministeriums befassen, die eine kritische Zusammenfassung der Aufwertungsfragen in Gegenwart und Vergangenheit gibt.

Der Fall Antister vor dem preussischen Untersuchungsausschuss.

Der Ausschuss des Preussischen Landtags zur Untersuchung der Geschäftsführung des Antister in der Zeit der Bombardierung sagte am Freitag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Leibig (D. Vp.) seine Verhandlungen fort.

Auf die Frage des Vorsitzenden, wann die Verbindung mit Antister „anormal“ geworden sei, erwiderte Finanzrat Bredenfeld: Im Dezember dadurch, daß die Verbindung in das Lombard eingeleitet worden sind. Diese Wechsel hatten eine Höhe von 32 000 Pfund und hielten von der „Botschaft“ und auf weitere Fragen erklärte Finanzrat Bredenfeld: Noch im Februar waren die Sachbearbeiter der Auffassung, daß das Lombardkonto durchaus gedeckt sei. Die Pfundwechsel sind eingeleitet worden, aber auf irregulärem Weg. Sie wurden von dem Lombardbeamten ohne Kenntnis der Generaldirektion zurückgegeben und durch andere Wechsel ersetzt. Diese trugen die Unterfertigung einer Familie Gruber, und auf weitere wieder herausgegeben und durch andere ersetzt worden, wobei ein ohne Genehmigung des Sachbearbeiters. Der Lombardbeamte war der inzwischen abgebaute Vantoberinspektor Lo. Nach der Stabilisierung wurde eine genaue Prüfung der Lage aller Darlehen vorgenommen, wobei auch das Konto Antister-Bankhaus v. Stein in Ordnung gefunden wurde. Nachträglich hat sich herausgestellt, daß diese Prüfung in groß fahrlässiger Weise vorgenommen worden war. Anfang Februar wurden deswegen die drei einschlägigen Beamten entlassen. Die Sachbearbeiter haben vermutlich im guten Glauben gehandelt, insbesondere Herr v. Rube hat das Bankhaus v. Stein immer als sicheren Kunden bezeichnet.

Die Untersuchung wendet sich dann der Frage zu, wie und mit welcher Unterstützung die Antister, Barmatz und in Deutschland wohnen und hier ihre Geschäfte machen konnten. Ein Vertreter des Innenministeriums erklärt auf Anfragen, nach den bisherigen Ermittlungen ist Anton Antister in Berlin und Zehn am 1. Juni 1922 von seiner eigenen Angabe aus Italien zugeflogen, ohne Paß und Lichtermerk. Anfang 1922 sind die Behörden auf ihn aufmerksam gemacht worden. Am 21. März 1922 hat das Wohnungsamt Wilmersdorfer Antisters Ausweisung beantragt, weil er ohne Genehmigung eine Wohnungsvermietung bezogen hatte. Eray Empfehlungen hat am 19. März die Aufweissung Wilmersdorfer dem Antister die Wohnung endgültig zugewiesen.

Abg. Ertz (Komm.) beantragt die Aufweissung auch auf die etwa vorhandenen Aktien des Wohnungsamts Wilmersdorfer auszuheben.

In der Nachmittagsitzung.

beschäftigte man sich zunächst mit dem Hanauer Lager, das als besonders günstige Aufwertungsgegenstand bezeichnet worden war. Finanzrat Bredenfeld wies darauf hin, daß die Staatsbank beim Hanauer-Lager-Geschäft in der Tat keine Sicherheiten hatte.

Deutschlands Entlohnung.

Der Friede nicht gefährdet.

Die „Times“ schreiben in einem längeren Artikel über die Frage eines Garantieabkommens u. a.:

„In der Frage der Sicherheit liegt wirklich kein Grund für Üble oder Aufregung vor. Was Deutschland auch an Richterfähigkeit in der Entlohnungsfrage verloren haben mag, so ist es doch sehr zu wünschen, daß dem Frieden im westlichen Europa für eine Reihe von Jahren ernste Gefahr drohe, und das läßt Zeit für ruhige Erwägung ernster Maßnahmen zur Garantie des Friedens. Das Problem für Frankreich ist weniger Sicherheit als Stabilität.“

Fast sieht es aus, als wäre diese Meinung der „Times“ ein Versuchsballon nach Frankreich hin, denn der stets ausgezeichnet informierte diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ spricht gleichfalls heute früh von dem „sehr unanziehenden Charakter des Vertriebs“, wonach die neue deutsche Regierung bereit wäre, über ein Garantieabkommen mit Frankreich allein und direkt zu verhandeln, und sagt, wenn Frankreich sich hierzu bereitfinden sollte, so dürften sich auf englischer Seite kaum Beschwerden gegen den Plan erheben.

Die Bemerkungen, Deutschland in eine Diskussion dieses Problems einzulassen, werden also trotz des ablenkenden Standpunktes der Regierung in England, die sich bisher zu verhalten, als wäre Deutschland kein Gefährdenbedürftiger für den Frieden, erneut als solche befähigt wird.

Griechenland will nicht abstrufen.

Genf, 28. Jan. Die griechische Regierung teilte dem Botschaftssekretariat mit, daß sie trotz der von der dritten Vollversammlung des Völkerbundes gefassten Resolution ihre Ausgaben für Meer- und Flotte nicht herabsetzen würde. Sie begründet ihre Zielsetzung mit dem an sich geringen Ausgaben für militärische Zwecke. Nach dem Kriege in Kleinasien sei eine Erneuerung des Kriegsmaterials zum Schutze des Landes eine Notwendigkeit. Auch die Flotte sei in ihrem Bestand zu verringern, daß man nur von einer Erneuerung und nicht von Neubauten sprechen könne.

Kaiserin Jita vor der Verbanung?

Budapest, 27. Jan. Die Vorkonferenz hat drei Delegierte, einen Engländer, einen Franzosen und einen Italiener nach Beuette, dem gegenwärtigen Aufenthalt der Kaiserin Jita entsandt, um nicht herabsetzen würde. Sie begründet ihre Zielsetzung mit dem an sich geringen Ausgaben für militärische Zwecke. Nach dem Kriege in Kleinasien sei eine Erneuerung des Kriegsmaterials zum Schutze des Landes eine Notwendigkeit. Auch die Flotte sei in ihrem Bestand zu verringern, daß man nur von einer Erneuerung und nicht von Neubauten sprechen könne.

Eine Note der Großmächte an China.

Paris, 28. Jan. Nach einer Agentenmeldung aus Peking haben die Vertreter der Großmächte der chinesischen Regierung eine Note überreicht, in der sie darauf hinweisen, daß China für den Schutz des Lebens und Eigentums der Ausländer in Schanghai verantwortlich sei. Seit gefahren haben die Mächte in der Stadt wieder begonnen.

Sonnenhaft geföhren.

Berlin, 28. Jan. Ein Punktgespräch aus Peking meldet: Sonnenhaft ist infolge der Operation, der er sich kürzlich unterzogen hat, geföhren.

aber wohl mit Kenntnis von Dr. Sellwig. Ich bin überzeugt, daß das, was ich in einem Brief geschrieben habe, das Staatsamt gern vernichten hätte. Als über diese Wechsel gesprochen wurde, fragte der Vertreter von Michael den Dr. Rube, ob die Staatsbank gedeckt wäre? Diese Frage wurde bejaht, obwohl die Deckung in dieser Zeit überaus schwach war. Diese mündliche Auskunft wurde später schriftlich bestätigt. Das ist natürlich für ein Staatsamt sehr über.

Präsident Herat stellt weiter fest, daß von Antister an Rube ein Honorar von 12 000 Mark gezahlt worden sei, wovon Dr. Sellwig 5000 Mark erhalten habe. Im Auftrag der Firma Michael habe dann auch General v. Vibonius Dr. Rube weitere 40 000 Mark überbracht. Abg. Bruhn (Zent.) kommt auf die Möglichkeit zu sprechen, daß es sich beim Verkauf des Wertpapiers mit Antister um einen Scheinvertrag handele. Es verlaute, daß die letzten verfügbaren Nummern dieses Vertrags fotografiert haben und daß die Photographien noch vorhanden sind. Der Ausschuss beschließt, die Finanzrat Dr. Rube und Dr. Sellwig sowie Antister und General Vibonius und ferner alle diejenigen Personen zu laden, und zu befragen, die über die von dem Abg. Ertz (Komm.) behauptete, daß es sich um einen Scheinvertrag handele, mit Antister um einen Scheinvertrag unterrichtet oder an ihnen beteiligt ist.

Severing verantwortlich für Barmatz Einreise!

Auf die kürzlich von dem Abg. Ertz (D. Vp.) im Preussischen Landtag eingebrachte kleine Anfrage, ob Minister Severing seinerzeit der Familie Barmatz bei ihrer Reise durch Deutschland behilflich gewesen sei, antwortet der Innenminister jetzt, indem er feststellt, daß die Familie Barmatz in seinen Auftrag der Grenzabteilung erlassen worden sei. Die falsche Angabe, daß Barmatz zur vollständigen Grenzabteilung gehöre, sei von einer vertrauenswürdigem Persönlichkeit gemacht worden, aber für die Entscheidung nicht von Grenzabteilung gewesen. Die Befugnis ist an die für den Grenzübertritt nach Holland in Betracht kommenden Stellen gegangen.

Sie ist ein bißchen dürftig, die Antwort des verflochtenen Innenministers Severing; er befreit sich einer in Anbetracht der Umstände allerdings verständlichen lafonischen Kürze. Woll soll man diese Kürze nun nicht so weit übertrieben, daß man einen Teil der Anfrage einfach unbeantwortet läßt. Der Abgeordnete Stendel fragte doch, wer Herrn Barmatz zum Angehörigen der deutschen Reichsregierung in Holland wachsenden, der dort unterlassen lassen! Aber nicht Barmatz? Wen will man denn nicht dadurch kompromittieren, daß man den Namen dieser „vertrauenswürdigem Persönlichkeit“ bekannt gibt? Warum so zurückhaltend? Ist Severing ist doch noch nicht so, nämlich dann, weil er sich gegen politische rechtsprechende Persönlichkeiten wendet. Aber das ist das Schlimmste, was das Verbot der sozialdemokratischen Partei namentlich folgen in verantwortungsvollen Stellungen — und den Barmatz angeht: man muß ihnen erst alles aus den Zähnen reißen. Diese Aufgabe haben ja auch die beiden Barmatz-Untersuchungsausschüsse. Es wird ihnen dringend empfohlen, die Antwort des Herrn Severing nicht zu übernehmen und sie ein bißchen vervollständigen zu lassen.

Aus Stadt und Umgebung

„Briefe, die ihn nicht erreichten.“

Es gab einmal eine Zeit, in der es ein Waqnis bedeutete, der Post einen wichtigen Brief auszuverraten. Heute haben wir den Welpostvertrieb, ein exakt arbeitendes Postwesen. Untere brauen Postbeamten wären heute in der Lage, die prompte und richtige Bestellung jeder der Post übergebenen Sendung zu garantieren, wenn ihnen nicht mitunter zu etwas wie „höhere Gewalt“ einen Strich durch die Rechnung machte. Man könnte nun wieder nach gleich an öffentlichen und Geschäftsverhältnissen zu denken. Der Postbeamte hat sich oft noch mit anderen Fällen „höherer Gewalt“ heranzuzuhängen.

Da wird in einem Geschäft irgendein Brief abends nach ein Brief geschrieben, in dem bei einer Berliner Firma, auf dringenden Wunsch eines eiligen Kunden, eine Bestellung gemacht wird. Der Briefträger hat zu dem dringenden Brief in Berlin, und übermorgen, allerfrühestens in drei Tagen haben Sie das verlangte Buch! Und wenn er sehr geschäftstüchtig ist, dann legt er noch im Brustton der Überzeugung hinzu: „Mein Wort darauf!“

Doch nun beginnt die „hohe Gewalt“ ihre Spiel. Der Briefträger hat schon beifällig auf dem Stühle bei und her umfächelt, während ihm der Brief diktiert wurde, ist bereits mit seinen Gedanken draußen auf der Straße, wo an der Ecke ein gewisser Jemand wartet, soll aber noch das Kuvert schreiben. Ist es zu verzeichnen, wenn die junge Dame diesen Briefumschlag nur mit den Angaben schmückt, die der Brief selbst als Aufschlag trägt? Die Mutter des Jünglings, der nun Bahnhof angetreten, wo der Brief mit der Aufschrift „Anton Lehmann, Berlin“ liegt gewöhnlich dem Briefkasten anvertraut wird.

Am anderen Morgen sitzt in Berlin ein Postbeamter vor seinem Kuli, fragt sich den grauen Schädel und sucht nach einem gewissen Anton Lehmann, bei er in der Bernauer Straße ohne Angabe des Berufes, des Bezirkes, des Wohnortes, der Adresse, des Namens und der Hausnummer auffindbar soll. Da er genügend Routine besitzt, gelingt ihm das auch nach mehreren Tagen. Im freien Aufgabar aber hat ein tüchtiger Verkäufer pergebliff sein Wort verpönt, und der eilige Kunde erhält erst nach Verlauf von acht Tagen das verlangte Buch, womit er brummend den Laden verläßt.

Ist es zu verzeichnen, wenn die Deutsche Reichspost außerdem den Gedanken erweckt, auf Postverbindungen, die wegen unzureichender Anstalt eine erhebliche Mehrheit der Postverkehre einen Zeitverlust zu verursachen, ist es vom Empfänger, sei es vom Absender, voranzusetzen, daß der eine oder der andere zu ermitteln ist?

Deutscher Seeverein. Die Erstrunde Versammlung des Deutschen Seevereins, früheren Vorkommens, hält am kommenden Freitagabend im großen Kasino einen Unterhaltungsaubent mit Musikvorlesung und Vortrag mit Lichtbildern ab, zu dem auch Freunde der Seevereinssache willkommen sind. Der Deutsche Seeverein ist eine Organisation, die über den Parteien steht und alle deutschen Stämme, alle Stände und Berufsstände umfaßt. Der Seeverein tritt ein für die Befähigung der großen Rige von Seevereinen ein, die eine erhebliche Mehrheit der Postverkehre einen Zeitverlust zu verursachen, ist es vom Empfänger, sei es vom Absender, voranzusetzen, daß der eine oder der andere zu ermitteln ist?

Deutscher See-Verein
 — früherer Flotten-Verein —
 Ortsgruppe Merseburg.

Am Freitag, den 30. Januar 1925
 abends 8 Uhr im großen Saale des Kasino

**Unterhaltungsabend
 mit Musikvorträgen.**

Vortrag mit Lichtbildern des Herrn H. Krug
 über: Oberbeuna über:

Selbsterlebtes
 an Nord S. M. E. Königsberg und
 in Deutsch Ost-Afrika.

Eintritt frei! Nichtmitglieder (auch
 Damen) herzlich willkommen.

218. Bildungsabend.
 Montag, den 2. Februar, abds. 8 Uhr
 im Schloßgarten Salon

Balladenabend.
 (Balladenkompositionen von v. Bove, Jeller, Reichard,
 Zumbler) von v. Bove, n. a. d. Bove (Richard Wagner,
 Hugo Wolf, Hans Kleemann).

Veranstalter: Dr. Ludwig Kraus
 Dr. Albert Bariton.

Eintrittskarten in der Stollberg'schen Buchhandlung
 Die Leitung der Bildungsabende.

Eine Anzahl
**belgische
 Stuten**

der verschiedenen Alters-
 klassen gibt zur Zucht
 und zu Gebrauchszwecken wegen Nachsucht ab

Domäne Schladebach
 bei Kößschau.

Hypothekengelder
 kurz- und langfristige, auf
 landwirtschaftl. Grundstücke
 hat zu günstigen Bedingungen abzugeben
 Siegmund Adler, Bankgeschäft
 Halle a. S., Händelstraße 1.

**Elektrischer
 Staublauge-Apparat**
 Dampyr

zum Anschluß an jede Steckdose der Lichtleitung.
 Stromkosten pro Stunde bei 50 Wp. Strompreis ca. 7,5 Wp.

Preis für den kompletten Apparat **Mk. 120,—**

Landkraftwerke,
 Verkaufsstelle: Merseburg, Gotthardstraße 29

Voranzeige!
 Mein
Inventur-Ausverkauf
 beginnt **Freitag, den 30. Januar.**
 und wird alles bisher Gebotene übertreffen.

Nur möglichst vollständige Räumung der noch
 vorhandenen Winterbestände ist Zweck und
 Ziel dieses Inventur-Ausverkaufs!
 Die Preise sind deshalb — ohne Rück-
 sicht auf die Selbstkostenpreise —
 ganz erheblich, nachweisbar zum
 Teil bis zu **50 Prozent**
 herabgesetzt, und ist damit
 Jedermann Gelegenheit
 geboten, auschl. gute
 und beste Quali-
 tätswaren billigt
 zu erwerben!

Beachten und prüfen Sie meine in der
 morgigen Ausgabe dieser Zeitung
 erscheinenden Preisangebote und Sie
 werden meine Angaben bestätigt finden!

**Otto Wietsh, Burgstr. 9,
 Fernr. 549**



AGUMA, der neue Gersten-KAFFEE
 Deutsches Reichs-Patent 337.169
 in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Fünf Groschen, fünf Groschen das ganze Pfund.
 „Aguma“ heißt er, schmeckt gut, ist gesund.
 Wer den achtzig Jahr trinkt, wird sicher alt,
 Das ist mit fünf Groschen doch billig bezahlt.

Geschäfts-Eröffnung.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Merseburg und Um-
 gebung zur gefl. Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage hier,
 Kreuzstraße 9, eine

**Schlosserei
 und Reparatur-Werkstätte**

eröffne. Es wird mein eifriges Bestreben sein, für prompte Er-
 ledigung sämtlicher einschlägiger Arbeiten und Reparaturen zu
 sorgen und bitte mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Nachachtungswoll
Walter Krüger.

Dr. Bergmanns „Prolastan“
 das wirksamste Bekämpfungsmittel gegen
Maul- und Klauenseuche

Wissenschaftlich anerkannt und liberal mit Stammes-
 wemem, ausnahmslosem Erfolg angew. Glänzende
 Zeugnisse von Behörden, Tierärzten und Landwirten.
 Zu beziehen vom Generalvertreter

Herrn Jensch, Jchakau (Kr. Torgau)
 Fernsprecher Amt Torgau 223.

Weitere Verkaufsstellen werden überall eingerichtet.

Norwegische Sardinen
 (Brislinge)
 in reinem Olivenöl, sofort ab Lager BERLIN lieferbar.

Lebensmittel - Zentrale
 (Levnedsmiddel Centralen)

Inh. K. B. BARFOD, BERLIN W. 30, Speyerer Straße 26.
 Telefon: Kurflur! 6978, Telegrammadresse: Importbarford.

Bemerkte Spezialofferte zu Diensten.

**Vertreter in allen
 groß-Städten gesucht.**

**Bücherkontrollen
 und
 Einrichtungen,**
 sowie Unterricht in allen
 kaufmännischen Fächern
 übernimmt

F. Hahmann
 Koonstraße 10 L.

Älterwalzen
 dreiteilige in allen Längen u.
 Stärken, liefert stets

Wilh. König,
 Altona 10

Schreibmaschine
 neu, billig abzugeben, eotl.
 gegen Raten.
 Offerten unter **336/25**
 an die Exped. d. Blattes.

Aus- und Verkauf!
Militär-Sachen
Federbetten
Schuhe u. Stiefel
Bücher

E. Lukas
 Sandstr. 1 — Telefon 181.

Offiziermantel
 sofort zu kaufen gesucht.
 Größe 1,71. Angeb. u.
337/25 an die Geschäfts-
 stelle dieser Zeitung.

Sil

Das prachtvollste Schneeweiß
 wäscht jede Wäsche, die mit Sil behandelt ist.

Sil Henkel's beliebtestes Bleich- und Waschmittel
 ohne Chlor

Redegevandte, **Reisdamen** od. Herrn, f. d. Berk.
 intelligent m. Gebirgsrührer
St. Georg an Private für den Kreis Merseburg
 sofort gesucht. Erforderlich ca. 100 Mk. bei einem
 Verdienst bis zu 400 Mark im Monat.
 S. Höpfer, Frankfurt a/M.

**Hausfrauen! kauft nur
 Scheuerfächer**

NIXE
 Die besten der Gegenwart
 Grosse Halbbreit- u. Saugfächer
 Nur echt mit
 diesem Etikett.

zu haben in allen einschl. Detailgeschäften
 Grossisten zum Bezuge weist nach:
Gebirder Friese, Aktiengesellschaft
 Kirschau Bez. Dresden.

**Gestrickte
 Damen-Jacken**
 in Wolle und Kunstseide

Jumper — Blusenschoner
Berchtesgadener - Jäckchen

empfiehlt in reicher Auswahl und
 vielen modernen Farben preiswert

H. Schnee Nachf.
 A. & F. Ebermann
 Halle a. S. — Gr. Steinstr. 34.

Terrazzo-Fussboden
 wird sachgemäß ausgeführt.
Lindenhahn & Müller, Halle a. S.,

Kontoristin
 welche Schreibmaschine u.
 Stenographie beherrscht,
 sofort gesucht. Best. An-
 gebote unter **M. T.** an
 die Expedition d. Blattes.

Ein
 sauberes
 ehrlisches
Mädchen
 welches auch Liebs-Kinderen
 hat, baldigt gelehrt.
 Raacke, Frankleben,
 Paulhof 1.

Gut möbl. Zimmer
 an best. Herrn, auf Wunsch
 vermieten. Zu erfragen
 in der Expedition d. Bl.

**Gut möbliertes
 Zimmer**
 zu vermieten.
 Gotthardstraße 14 11

Der Herr der französischen Politik.

Von Dr. Paul Kosch

Ein Kenner des französischen Volkes hat gesagt: „Sein Blut ist der Franzose bereit für sein Vaterland zu opfern, sein Geld — nein!“ Der Satz ist nicht so paradox wie er scheint. Napoleon I. hat zuletzt, als er sich allein mit den Kräften Frankreichs dem veränderten Europa gegenüber sah, den Boden beim französischen Volke noch mehr dadurch bereichert, daß er die Kriegsführung zum riskantesten auf die in Frankreich erhobenen Steuern gründen mußte, als durch die Blutopfer, die er forderte. Nicht die „refractaires“, die jungen Leute, die sich der Aushebung entzogen, machten ihm die größte Not; die Hauptlast war, daß die französische Nation fast vierzig Jahre lang sich daran gewöhnt hatte, die große militärische Politik und die ungeheuren Erfolge auf diesem Gebiete durch die Kontributionen bezahlt zu sehen, die die Besiegten leisten mußten. Man denke, was zwischen 1806 und 1812 allein aus Preußen herausgepreßt wurde!

Schon am Ende der Epoche Ludwigs XIV. und noch mehr im Laufe des 18. Jahrhunderts, wurde die bourbonische Großmachtspolitik dadurch gestützt, daß das absolute Königtum in aller feiner Machtvolle nicht fast genug war, eine leistungsfähige Steuerreform durchzuführen. Die Nation war reich, aber der Staat war bankrott. Frankreich hat immer tapferere Soldaten und getigere Steuerzahler gehabt. Darum ist auch nirgends das System der indirekten Abgaben so entwickelt wie hier.

Auch während des Weltkrieges konnte keine französische Regierung daran denken, ähnlich wie die englische, einen großen Teil der Kriegskosten durch Steuererhöhungen zu decken, und ebensowenig waren nach dem Kriege die Ausgaben für den Dienst der Kriegsschuld von innen heraus zu sanieren. Für das französische Empfinden stand ein Satz von vorn herein fest: Die hohe guerra taxa! Es wurden gewaltige Anleihen im Innern und eine auswärtige Schuld von rund 28 Milliarden Goldfranken aufgenommen; das meiste davon bei England und bei Amerika. Dabei hatten die Franzosen, keineswegs die Vorkriegszeit, daß die Geldgeber ihre Darlehen niemals ernstlich zurückfordern würden! Als die ersten Plannungen von amerikanischen Seite kamen, zeigte man sich in Frankreich einigermassen entsetzt, mit der Begründung: Ihr habt „für die gemeinsame Sache“ vor allem Geld gegeben, wir aber haben bei weitem die größten Blutopfer gebracht; die gelten mehr, und darum scheint es uns nicht anständig, daß Ihr Zahlung fordert! Bei diesem Argument ist das Entschieden die „gemeinsame Sache“, und darum ist es den Franzosen im höchsten Grade unangenehm, wenn durch fortgesetzte Debatten über die Kriegsschuldfrage immer mehr bekannt wird, daß für die französische Kriegspartei die „gemeinsame Sache“ von Anfang an „Innes Rheinher“ und „Verjüngung Deutschlands“ hieß.

Man kann annehmen, daß der amerikanisch-englische Druck auf Frankreich zum Teil nur bewirkt, die Franzosen in der Frage der Abklärung gefügiger zu machen. Amerika will seinen Export beleben und sein überflüssiges Kapital unterbringen; England zuerst unter der Last von mehr als einer Milliarde Arbeitslosen. Wenn Frankreich und seine europäischen Trabanten dahin gebracht werden können, daß sie ihre Armeen stark reduzieren, so wird von den freiverwendenden Geldmitteln und Menschen alsbald eine sehr belebende Wirkung auf Europa und die gesamte Weltwirtschaft ausgehen. Außerdem sind die Angehörigen auch rund heraus der Meinung, Frankreich könne zahlen und darum solle es zahlen — und sollte es die Mittel dazu nur dadurch fast machen können, daß es seine Arme verringert, dann um so besser!

Ausgehend von der Vorstellung, daß der Waise alles bezahlen und daß man aus ihm schon herauspressen würde, was er nicht gutwillig gibt, wurde in den Jahren 1919 bis einschließlich 1923 das französische Budget mit einem geradezu wahnwitzigen Verschleiß so aufgebaut, daß nicht nur die

um ein Vielfaches überzählten Reparationsansprüche, sondern außerdem noch eine Fülle von lästigen Ausgaben anderer Art auf ein besonderes Konto der „dépenses recouvrables“ (wiederzuerstattende Ausgaben) gebudt wurden. Diese Seite des Budgets wurde von vornherein nicht durch normale Einnahmen, sondern durch innere Anleihen gedeckt, und sie schloß zuletzt bis auf weit über hundert Milliarden an. Nach der Annahme des Danesplans aber mußte jedem Franzosen, der etwas nachgab, alsbald klar werden, daß selbst in dem sehr unvorsichtigen Fall der vollen Leistungsfähigkeit Deutschlands (d. h. der Zahlung von zweieinhalb Milliarden Goldmark jährlich nach fünf Jahren) keine Rede davon sein würde, die verdrängten Gelder von der deutschen Seite tatsächlich herbeizubekommen. Wenn England und Amerika auf voller Zahlung der französischen Schuld bestehen, so würde sogar das Meiste der Einnahmen aus Deutschland für Zins und Amortisation draufgehen, und selbst wenn die alten Freunde und Verbündeten einen Teil nachzahlen sollten, so lände demgegenüber, daß deutsche Vollzahlungen fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des Danesplans, wie keines sich einmal ausgedrückt hat, eine Erwartung aus dem Zollhause sind.

Unter der Regierung Herriot's hat das französische Finanzministerium den einzig möglichen Entschluß gefaßt, das ganze Konto der „dépenses recouvrables“, das die Verzinsung der hierfür schon kontrahierten Schuld und die noch zu leistenden Ausgaben für die Wiederverteilung umfaßt, in das gewöhnliche Budget einzuflechten und entsprechend die Zahlungen Deutschlands. Werden beide Budgets vereinheitlicht, so erfordert sie zur Zeit rund 30 Millionen Franken jährlich. Davon entfallen aber 15 Milliarden auf der Ausgabe-seite allein auf die Verzinsung der inneren Schuld, die durch das wüste Wirtschaften auf Rechnung des alles beabschließenden Boche bis nahe an 30 Milliarden Papierfranken angewachsen ist. Von dem Augenblick an, wo auch noch Zahlungen für die auswärtige Schuld zu leisten sind, würde der Zinsendienst über die Hälfte dem gesamten französischen Budgets erfordern. Dazu kommen in den beiden nächsten Jahren kurzfristige Szamantierungen für 25 Milliarden Franken zum Verfall, und ferner Verpflichtungen für auswärtige sogenannte „Sonderanleihen“ im Betrage von 7 Milliarden Franken. Selbst damit läßt für die nächsten Jahre die Zahlungen außerhalb des Budgets noch nicht zu Ende, denn es müssen auch die Vorkasse der Bank von Frankreich und der Privatbanken zurückgezahlt werden. Im ganzen handelt es sich bis Ende 1927 um einen Sonderbedarf von 60 bis 70 Milliarden — ohne Verzinsung für die auswärtige Schuld und ohne die etwa aus anderen Gründen noch zu erwartenden Defizits.

Die Gesamtheit dieser Lasten bedingt, nachdem sich der neureichliche Gedanke, wie zu Napoleons Zeiten den Deutschen alles zahlen zu lassen, als Täuschung gezeigt hat, früher oder später eine von Grund auf veränderte Einstellung der französischen Politik. Die Franzosen haben nur die Wahl, ob sie sich außer ihrer hohen indirekten Besteuerung auch noch eine direkte Einkommensteuer mit unbedingtem Maß auflegen, oder ob sie dem äußeren Druck und der eigenen Zahlungsfrage nachgeben und die Militärausgaben gründlich reduzieren wollen. Auf die Dauer wird ihnen unter dem Drängen Englands und Amerikas und ihrer eigenen Väter die Entscheidung nicht verweigert bleiben, und damit würde sich dann auch die Notwendigkeit einer grundtätig veränderten Außenpolitik ergeben.

Primo de Ribera über seine Politik.

Madrid, 26. Jan. Gestern übergab eine Deputation zahlreicher Bürgermeister und anderer Provinzialvertreter General Primo de Ribera ein Ergebenheitschreiben, das die Unterchristen mehrerer Millionen von Parteiangehörigen des Direktoriums trug. Bei dieser Gelegenheit ergriff Primo de Ribera das Wort und erinnerte in seiner Ansprache an die Ereignisse, die letztens am 13. November 1923 zum

Staatsstreich führten. Er erklärte weiter, daß sich damals vier Hauptprobleme ergeben hätten, nämlich die parlamentarische Lösungsbewegung, die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, die soziale Wirtschaftslage und die Marokkofrage. Für keines dieser Probleme sei bis jetzt eine vollständige Lösung gefunden worden. Die meisten Vorwürfe habe man ihm wegen seiner Politik in der Marokkofrage gemacht, in der er vielleicht infolgedessen einen Fehler begangen habe, als er ziemlich schwere Verpflichtungen eingegangen sei. Er habe sich jedoch im guten Glauben getan. Die Fragefrage und möge nach die des allgemeinen Aufstandes der Dschebel und Miffaute hätten ihn veranlaßt, den ersten Schritt zu unternehmen. Zunächst des zweiten Schrittes, der noch zu unternehmen sei, stehe nicht wie weit sich die Aktion der Spanier erstrecken werde. Bezüglich des Sanierungswortes erklärte General Primo de Ribera, daß er in dieser Frage auf die Unterstützung der öffentlichen Meinung rechnen könne. Er müsse wiederholen, daß er keineswegs den Reuten des alten Regimes den guten Glauben absprechen wolle. Er wolle infolgedessen auch nicht, daß gewisse Teile seiner Rede als Aufruf oder als Bitte ausgelegt würden. Die Tore seien lange genug offen gewesen, und die, die nicht gekommen seien, hätten durch ihr Fernbleiben das Recht verloren, künftig unter den Regierungen zu sein. Er habe sie nicht nötig; denn Spanien sei mit ihm.

Zur inneren Reform erklärte der General schließlich, daß jeder nach gerechten Grundfällen Steuern zahlen müsse. Er wolle das Unterrichtsweesen haben, aber er werde nichts zutun, was antireligiös, antipatriotisch und antisozial sei.

Der Schlüssel zum Zentrumsturm

Wurde bisher förgfältig aufbewahrt und wie ein Heiligtum behütet. Neuerdings scheint das nicht mehr der Fall zu sein, denn die demokratische Presse räumt sich der vertraulichen Informationen aus Zentrumskreisen. So bringt das „Berliner Tageblatt“ von einem „bekanntem Mitgliede der Berliner Zentrumspartei“ eine sehr eingehende Betrachtung über die Lage im Zentrumsturm. Das „bekannte Zentrumsmittglied“ stellt sich als Vertreter des linken Flügels vor und beklagt die sich Segner innerhalb des Zentrums, einen Rechtsabstand aus rein „interessenpolitischen Gründen“ zu erstreben. Von „genießenden Prominenten der Landwirtschaft“ seien unauffällig Intrigen geübt worden. Eine besonders schlimme Rolle habe aus der Reichsarbeitminister Braun's gespielt. Brauns, der als „Sozialist“ in der Partei und als Vertreter des linken Flügels der sozialen und demokratischen Meinung nicht angesehen werden dürfe, leide an einem tiefsten Defaitismus, der ihn zwingt, sich immer in die Reihen seiner hochgekommenen Gegner zu stellen und auf politische Konstellationen einzugehen, die er als kommende „Gezeiten“ ansehe. Brauns habe „parcepolitisch“ nicht redet und sei doch fast darüber, daß er mit seinen Prophezeiungen über die politische Entwicklung recht behalten habe. Das bekannte Mitglied des Zentrumsturm ist mit Brauns so unzufrieden, daß er ihn noch nachdrücklich den Reichslandern als einen Vertreter der sogenannten „Verdauungsindustrie“ denunziert. Es hofft aber, daß der rechte Mann bereit liegt, wenn die Deutsche Volkspartei sich den Internationalen ganz in die Arme werfe. Man würde sich von der Darlegung, daß Brauns nicht sagen wir nicht unbekanntem Zentrumsmittgliedes seine Notiz nehmen, wenn sie nicht ein wichtiges Eingeständnis enthalten. Wenn Braun's heute noch in den Augen der Wirtschaftler der „Sozialdemokrat im Priesterrod“ ist, ein Mann, an dessen demokratischer und sozialer Gesinnung nicht zu zweifeln ist ein Politiker, der nicht redet, steht, die kann man, dann dem Kabarett Kurzer den Vorwurf antideмократischer und antisozialer Gesinnung machen? Reht aber dem nicht unbekanntem Mitgliede der Zentrumspartei die Erkenntnis, daß er durch seine eigenen Ausführungen den ganzen Feldzug gegen das Kabinett Kurzer als agitatorische Machart entlarvt hat. Dann möchten wir ihn darum anmerken machen und ihm dafür danken, daß er dem Schicksal zu dem bisher so wohl bewachten Zentrumsturm der Redaktion des „Berliner Tageblattes“ ausgeliefert hat.

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman.

Von Günther von Hohenfels.

Amerikanisches Copyright by Carl Dunder, Berlin 1923.

„Zumal da ich daraus schliesse, daß Ihr Herr Vater überhaupt inbeständig ist und von der ganzen Sache nichts weiß. Es schien mir von vornherein höchst wunderbar, und wenn ich nicht in Berlin schon von seiner Unschuld so gut wie überzeugt gewesen wäre, würde ich vielleicht gar nicht so rasch gekommen sein.“

„Sie waren schon in Berlin —“

„Ja, haren Sie! Ein Großkaufmann, ein Mann von solcher Energie reist einfach ab, wenn er weiß, am nächsten Morgen finden sie da den Leichnam. Nein, gnädiges Fräulein, ich glaube, da kenne ich Herrn Silvester Bruhns, der ich nur einmal flüchtig bei der Familie Wörland sah, besser als Sie! Das tut so ein Mann seiner Tochter nicht an. Da heißt er entweder die Hände zusammen und befeigt, was er verborgen hat, oder er bleibt hübsch da. So denke ich! Und deshalb bin ich überzeugt, daß er von der ganzen Geschichte gar nichts ahnt und ganz unbefangener obereicht ist. Uebrigens sagten auch die Herren auf dem Gerichte, daß sie Herrn Silvester wohl eine Tat im Zögern, nicht aber einen überlegten Mord zutrauten.“

„Johanna sprang auf“

„Niemals!“

„Sehen Sie, Fräulein, das war echt! Also Sie haben sich denn auch wohl oder übel meiner Meinung angeschlossen, daß man den Fall lieber noch etwas näher betrachte. Nun müssen Sie schon ertragen, daß wir vorläufig die Stadt noch in dem Glauben lassen, wir seien nach wie vor von der Schuld des Herrn Silvester überzeugt. Es wäre sonst möglich, daß der wirkliche Täter, der vielleicht noch in Bremen

„Das muß sein?“

„Weider ja.“

Johanna stand auf, ging ein paarmal auf und nieder dann blieb sie vor dem Kommissar stehen.

„Herr Doktor, ich muß Ihnen unendlich dankbar sein. Ich — ich es Ihnen nicht mit Worten ausdrücken, wie sehr, aber — ich muß auch mit mir selbst vollkommen ins Klare kommen. Ich muß Sie Ihnen die ganze Wahrheit sagen.“

„Ähler sah sie erkannt an.“

„Wie kamen Sie auf einen Hafenerbeiter?“

„Eine kleine Beobachtung. Der rechte Schulterknöchel zeigte eine charakteristische Einbiegung, wie man sie bei Leuten findet, die es gewohnt sind, schwer zu tragen.“

Silvio hatte lamm zugehört, jetzt hob er den Kopf. „Wo aber ist mein Vater?“

„Wie kommt der Lote zu seinen Sachen?“

„Es wäre immerhin nicht unmöglich, daß hier ein Raub und ein Raubmord vorläge. Welches von einander getrennt. Nehmen wir einmal an, Ihr Onkel hätte in jener zweiten Unterredung, Ihrem Vater in der Tat eine Geldsumme gegeben. Vielleicht mit der Weisung, ins Ausland zu reisen und dort irgend etwas zu ordnen, was ich nicht weiß. Zwei Mordgeheulen hätten das belauscht und den Mann gefaßt, den schwächlichen Mann zu ermorden. Herr Silvester hat, wie ich höre, das Haus allein verlassen. Hier Dieter könnte aus irgend einem Grunde noch zurückgeblieben sein. Dann fürstigt sich die beiden auf den schwachen Mann, bezaubten ihn und ließen ihn laufen. Hätten sie ihn ermordet, würden wir wahrscheinlich auch keine Misset gefunden haben. Folle Entsetzen nicht über Vater. Was aus ihm geworden, darum er nicht heimkehrte, das weiß ich vorläufig noch nicht. Nun aber kam es zwischen den beiden Kumpanen zum Streit und der eine tötete den anderen und verdeckte ihn in jenem Keller.“

Johanna schüttelte den Kopf.

„Johanna schüttelte den Kopf.“

„Das könnten doch nur Männer gewesen sein, die im Hause wohnten und genau Bescheid wußten, und solche gibt es nicht.“

„Nur einer brauchte im Hause zu wohnen, der Mörder, der den anderen einmurmerte, und da habe ich auch einen Verdacht.“

„Einen Verdacht?“

„Ich habe da vom Kollegen Wendter von einem gewissen Matthias Gröger gehört.“

„Matthias Gröger? Unter alter Fortier? Ein durch aus zuverlässiger Mann, dem Vater nachher sogar das Geld zum Auswandern gab. Sogar ein sehr frommer Mann, da einer Sekte angehört.“

„Schlichter lächelte.“

„Gegen allzu fromme Menschen habe ich leider ein Vorurteil, zumal, wenn sie sich des Rechts in höchst verdächtige Handlungen unterbreiten.“

„Das tat Gröger doch nicht.“

„Das ist unweigerlich festgestellt.“

„Von Ihnen?“

„Nein, vom Kollegen Wendter, der auch herausbekommen hat, daß Gröger an jenem Abend entschieden etwas von der Tat gemerkt haben mußte.“

Johanna lachte nach.

„An Gröger habe ich gar nicht mehr gedacht. Wir haben seitdem seinen Fortier mehr im Hause wohnen gehabt, weil Vater die Räume zum Lager hinzunahm.“

„Nun also, Kollege Wendter denkt nun, der brave Gröger ist ein Mißglücklicher Ihres Vaters und habe diesem zum wenigsten geholfen, die Leiche zu vermauern. Ich vermute vielmehr, daß er so gefällig war, die ganze Arbeit allein zu übernehmen, nachdem er vorher seinen Spießgesellen um die Ecke gebracht hatte. Wie lange war Gröger in Ihrem Hause?“

„Ein halbes Jahr.“

„Und kam woher?“

„Ich weiß nicht, er wurde von unserem Vatter empfohlen. Es ging ihm wohl schlecht. Aber Vater war mit ihm sehr zufrieden.“

„Nun also, da sieht man, wozu die Frömmigkeit auf ist, ich werde den Herrn Fortier aufsuchen. Vielleicht kann er mir noch sagen, woher der Mann kam, und dann wollen wir mal im Verberderetalm nachsehen.“

(Fort. folgt.)

Handelspolitische Defensivlinie.

Reichsminister Dr. Luther hat in seiner Regierungsberichterstattung angekündigt, er werde sich gegen alle Maßnahmen wenden, welche die deutsche Handelsfreiheit beschränken, und werde Lösungen suchen, die auf der gleichmäßigen Wahrung der gegenseitigen Interessen der handelsbetreibenden Völker beruhen. Dies ist ein offenkundiges Bekenntnis zu einer defensiven Haltung in der auswärtigen Handelspolitik. Zur Zeit sind die Länder, mit denen wir noch nicht zu einer Beschäftigung wenigstens über ein Protokoll gekommen sind, mehr am deutschen Geschäft interessiert als wir an ihrem Geschäft. Auf die Dauer können aber gebürte handelspolitische Beziehungen für alle Beteiligten nur Wachstum bringen. Trotz aller Erfahrungen hat auch das neue Reichskabinett die Verhandlungen mit Frankreich nicht unterbrechen lassen. Es wird sich herausstellen, ob die in ihren Erwartungen getäuscht und in ihrem Selbstgefühl gekränkt Franzosen zu Reperfectionen gegen die deutsche Warenzufuhr bereit sind. Es ist zweifellos richtig, daß die Reichsregierung hierbei nicht zur Offensive übergeht, sondern abwartet, wie sich die Gegenseite verhält.

Eine defensive Haltung bei den Handelsvertrags-Verhandlungen bedeutet nicht etwa einen Verzicht auf die Rechte der Handelsfreiheit. Die Reichsregierung wird sich ihrer Anfangsbildung gemäß bemühen, durch alsbald eintretende Verhandlungen die möglichst baldige Räumung des Ruhrgebietes und der Kölner Zone zu erreichen. Dieser Absicht entspricht es, wenn sie auch bei den zu schließenden Handelsverträgen an der Politik fester Verhandlungen festhält. Etrogen können wir uns wirtschaftspolitische Vorteile gegenüber starken Gegnern doch nicht. Wir dürfen darauf rechnen, daß die Entwicklung guter Handelsbeziehungen zwischen uns und den entgegenkommenderen Feindländern besser als alle Kampfmanöver bewiesen wird, wie schädlich es für ein Land ist, wenn es dem Verhandlungspartner jedes Entgegenkommen verweigert. Sollte allerdings Frankreich oder ein anderes Ausnahmeland Bestimmungen gegen deutsche Waren einführen, so würde es vom Standpunkt sachlicher Beantwortung aus auf dem Standpunkt berechtigten nationalen Selbstverständnisses das einzig Richtige sein, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Zur Zeit besteht zwischen Deutschland und Frankreich handelspolitisch sozusagen Barrenstillstand. Jeden Tag kann ein System von Strafzöllen eingeführt werden und damit der Wareneinfuhr ein jähes Ende bereitet werden.

Das muß die bisherigen beiderseitigen Wirtschaftsinteressen veranlassen, ihre Geschäfte in möglichst engem Rahmen zu halten. Der vertraglose Zustand führt also auf die Dauer zu ähnlichen Ergebnissen, wie sie ein ausgeprobenes Zollrecht haben würde. Nur ist vielleicht das Einkommen auf die Linie der Beschäftigung leichter, wenn sich zwei Verhandlungsgegner nicht vorher durch Sanktionen und Strafen gegeneinander verberbt haben. Bei den Verhandlungen über die künftigen deutsch-französischen, deutsch-belgischen, deutsch-italienischen und deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen müssen die Vertreter des Reiches stets davon durchdrungen sein, daß ein unachlässiges, d. h. nicht auf Gegenseitigkeit beruhendes Entgegenkommen Deutschlands ein gefährliches Bedürfnis schafft und unsere oben erst wiedererwähnte wirtschaftspolitische Gleichberechtigung in der Welt bedroht.

Die amerikanischen Auslandsanleihen im Jahre 1924.

Nach Mitteilung des Handelsamtes betrug der Wert der im Jahre 1924 in Amerika aufgelegten ausländischen Anleihen 2 268 438 394 Dollar gegen 2 125 700 Dollar im Vorjahre. Dem Verfolge der amerikanischen Handelsattachés in Deutschland zufolge lassen nichtamtliche Aufstellungen erkennen, daß die Deutschland gewährten kurzfristigen Kredite eine Höhe von 100 Millionen Dollar erreicht haben.

Protestkundgebung gegen den Regierungspräsidenten.

Über 2000 Delegierte aus Sthank- und Brauereigerwerbe fordern Grüners Abberufung.

Zu einer Protestkundgebung hatten die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen der Brauereien, der Sthankbetriebe und aller diesen verwandten Handels- und Gewerbebetriebe ihre Mitglieder im Regierungsbezirk Merseburg gegen Abwärtensbestrebungen des Regierungspräsidenten Dienstag nachmittags 3 Uhr eingeladen. Der Gasthofsaal in Merseburg war schon vor der Zeit fast überfüllt, so daß nicht alle Interessenten Zutritt erlangen konnten.

Der Vorsitzende des Brauerei- und Mälzearbeiterverbandes, Herr Strauß, eröffnete die Versammlung und legte die Gründe dar, die Veranlassung zur Einberufung der Protestkundgebung geboten hätten. In einer Verlesung, zu der Vertreter der Kirche, Güterbesitzer, anderer Abwärtensvereinigungen und Arbeitnehmer und neben geladenen gewählten Vertretern, habe Herr Grüner öffentlich erklärt, daß er seine Beamten und darüber hinaus auch die der Gemeinden und Selbstverwaltungen, einschließlich der Eisenbahn und Postverwaltungen, zur Entschärfung verpflichtet wolle. Die Beamten sollen verpflichtet werden, weder im Dienst noch außer Dienst Alkohol zu sich zu nehmen und so gewissermaßen das Gerippe für den Ausfall einer Abwärtensbewegung zu bilden. Herr Grüner erklärte, daß er sich nicht vorstellen könne, daß seine Beamten und darüber hinaus auch die der Gemeinden und Selbstverwaltungen, einschließlich der Eisenbahn und Postverwaltungen, zur Entschärfung verpflichtet wolle. Die Beamten sollen verpflichtet werden, weder im Dienst noch außer Dienst Alkohol zu sich zu nehmen und so gewissermaßen das Gerippe für den Ausfall einer Abwärtensbewegung zu bilden. Herr Grüner erklärte, daß er sich nicht vorstellen könne, daß seine Beamten und darüber hinaus auch die der Gemeinden und Selbstverwaltungen, einschließlich der Eisenbahn und Postverwaltungen, zur Entschärfung verpflichtet wolle.

Als erster Redner sprach der Landtagsabg. Dr. Schomburg aus Berlin, der das Vorgehen des ersten Staatsbeamten im Regierungsbezirk als unerhörten Mißbrauch seiner Amtsgewalt bezeichnete. Er durchkreuzte die Maßnahme der Staatsregierung, den Wiederaufbau der darniederliegenden Wirtschaft zu fördern. Das Biergewerbe sei der beste Steuerzahler der gesamten deutschen Wirtschaft und der Hauptträger der durch das Dawesabkommen aufgeführten Lasten. Ein Regierungspräsident, der das nicht wisse, gehöre nicht dorthin, wo er sitze. Durch Wortschmähen von Tausenden könnten die sozialen Schäden nicht geheilt werden. Er glaube in Uebereinstimmung mit der ganzen Versammlung versichern zu dürfen, so froh er unter lang anhaltendem Beifall seine Ausführungen, daß Herr Grüner das Vertrauen weiter aufrechter verloren habe, und daß man hoffe, er werde daraus die Konsequenzen zu ziehen wissen.

Ueber die Auswirkung des Alkoholverbotes in sozialer und moralischer Hinsicht in Amerika berichtete Herr Graue vom Brauerbund, der mehrere Jahre Geistesfreiheit hatte. Ein Bild in amerikanischen Verhältnissen zu nehmen. Gerade die Entwicklung in Amerika habe erwiesen, daß es, um den Alkoholpolitik zu ändern, zu verhindern, seines Geistes, sondern der Selbstregierung bedürfe. Für den Brauerei- und Mälzearbeiterverband sprach Gewerkschaftsbeamter G. Kiehl, der betonte, daß hier keine politische, sondern eine Frage der Selbsterhaltung auf dem Spiel stehe. Das Vertrauen zu Herrn Grüner müsse selbst bei seinen politischen Freunden schwinden, wenn er derartig einseitige Maßnahmen treffen zu wollen zu versuchen. Er sei der Ansicht, die Gasse, wenn es notwendig sei, zu erobern. Gerade in bezug auf Alkohol müsse jeder wissen, was er vertragen könne. Die Ausführungen dieses wie auch des Vorredners wurden wiederholt von verschiedenen lebhaften Beifälligen der Zustimmung unterbrochen.

Anschließend begründete Herr Rifa la aus dem Sächsischen Provinzialverband des Deutschen Gastwirtsverbandes eine Resolution, die von allen interessierten Körperschaften, gewerblichen und außer dem Regierungspräsidenten der Regierung zugestellt werden soll. Die Entschärfung sei anschließend wiedergegeben:

Die unterzeichneten Berufsstände erblicken in dem Verhalten des Herrn Regierungspräsidenten Grüner-Merseburg, soweit es sich auf die amtliche Beeinflussung nicht nur der eigenen, sondern darüber hinaus auch aller sonstigen Beamten zur völligen Entschärfung bezieht, einen Mißbrauch seiner Amtsgewalt, der dazu angeht, in unsern Gewerbe in empfindlichster Weise zu schädigen.

Die Gefahr, die unsern Gewerbe seit langem dadurch droht, daß hohe Regierungsstellen der abwärtsgerichteten Bewegung ein gewisses Wohlwollen entgegenbringen, liegt uns am Herzen, wenn ein Regierungspräsident dieses Wohlwollens seinen Beamten gegenüber in diktatorischer Maßnahmen verhandelt.

Wir unsere Organisationsbestrebungen kennen, wissen, daß wir selbst entschiedene Gegner des Alkoholverbotes sind, daß wir uns aber gegen alle Bestrebungen, die auf eine völlige Trodenlegung hinausgehen, im Interesse unserer Gewerbe mit aller Kraft wehren müssen. Auf die Gefahren, die in einer völligen Trodenlegung für das Volkswohl liegen, brauchen wir kaum hinzuweisen. Sie sind der Regierung aus den Berichten von Amerika, Norwegen usw. bekannt.

Von größter Kurzsichtigkeit zeugt es, daß ein hoher Regierungsbeamter dem Reiche, den Ländern und Gemeinden von Amts wegen die größten Steuerquellen verstopfen will. Ein solcher Beamter wird wohl, falls sich die Landesregierung einer klaren Erkenntnis nicht verschließt, auch von ihr ebenso ungeeignet für sein verantwortungsvolles Amt gehalten werden wie von uns, die wir in dem gegenwärtigen Verhalten des Herrn Regierungspräsidenten Grüner eine Feindseligkeit gegen unsere Gewerbe erblicken müssen. Unseres Erachtens ist es aber die Pflicht eines Regierungspräsidenten, Handel und Gewerbe ohne Unterschied zu schützen und zu fördern.

Alle durch die unterzeichneten Verbände vertretenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erheben schärfsten Protest nicht nur gegen das obengenannte Verhalten S. Herrn Regierungspräsidenten Grüner, sondern im Interesse der betroffenen Beamten auch gegen die Maßnahmen, die den Beamten das ihnen durch die Verfassung garantierte Recht der persönlichen Selbstbestimmung entziehen. Wir fordern deshalb von der Regierung eine sofortige energische Abhilfe und die Herstellung eines Zustandes, der den Gepflogenheiten des Herrn Regierungspräsidenten Grüner und der verfassungswidrigen Ausübung seiner Stellung zungunsten bestimmter Gewerbe einen Niedrigvorzieht.

Merseburg, den 27. Januar 1925.

Nach einstimmiger Annahme betonte der Vorsitzende des Gastwirtsverbandes, Herr Thieme, in seinem Schlußwort, daß Vorworte zu dem Kampfe gezeugen habe. Der Gastwirtsverband lehne einen hohen Regierungsbeamten ab, der sich wohl von den fauer verdienten Spargroschen der Gasse mit bezahlten Kaffe, auf der anderen Seite jedoch in vorgebe, nachdem Herr Strauß die Anwesenheit anerkannt hatte, die Angelegenheit einen klaren Verlauf zu lassen. In anderen in allen Orten des Regierungsbezirks große Kundgebungen zu veranstalten, fand die Versammlung gegen 5.15 Uhr ihr Ende.

Shelling.

Zu seinem 150. Geburtstag am 27. Januar.

Von Dr. Bruno Wille.

Man hat die Philosophie eine königliche Kunst genannt; von ihrem hochgelegenen Palast werden rings die Lebensgebiete überhaucht und gewissermaßen beherrscht. Plato war noch ein König der Geisteswelt und blieb es. Kant war mit seinen Geisteslehren nicht bloß die Philosophie durchdrungen, sondern auch Religion, Moral, Rechtslehre und Kulturpolitik, Kunst und Naturforschung. Ein gebürtiger Philosoph, von dem noch immer mächtige Anregungen ausgehen, ist Nietzsche, der wie ein Alibi die unserer Kriegsgeschicknisse begreift. Ähnlich wie Nietzsche wirkten vor und in noch vor 80 Jahren auf die studentische Jugend in Deutschland ein. Nietzsche war, in Deutschland und auch Skandinavien und der „Sturm und Drang“, der freischiller und die Romantik. Der freischiller Schelling verfolgte den Beruf, als Hauptfächer, seiner reichveranlagten Persönlichkeit, nicht bloß die Logik, sondern zugleich die Naturwissenschaften und die Philosophie, die sich zunächst an die Philosophie anlehnte. Da sich für ihn Persönlichkeiten wie Goethe und Nietzsche interessierten, wurde er bereits mit 23 Jahren Professor der Universität Jena. Aufsehen machte er als Lyriker, dann durch selbständige Ideen sowie als Bundesgenosse seines Freundes Hegel, den er übertrug, abgesehen von seinen Schriften seiner Bekanntheit waren die Universitäten Würzburg, Erlangen, München und (1841 bis 46) Berlin.

Sein Ideal, Kunst und Philosophie zu verbinden, hatte schon in Schiller und Hölderlin in Goethe, Novalis und Friedrich Schlegel künstlerische Vertreter gefunden. Nach Schelling ist das Unendliche, in Formen der Endlichkeit dargestellt, nichts anderes als die künstlerische Schöpfung, und mit der Kunst hat die wissenschaftliche Erkenntnis des Weltalls dieselbe Aufgabe, wenn auch die Art der Lösung eine verschiedene ist. Von diesem Standpunkt aus wurde Schelling auch an die Naturwissenschaften angeschlossen und wurde Naturphilosoph.

Die Methode aller philosophischen Spekulation ist die Verknüpfung des Geistes auf sich selbst und die strenge logische Ordnung der Geisteswelt. Es fragt sich aber, ob man vom Zentrum unserer Geisteswelt, von dem, was sich nicht ändern läßt, ausgehen darf, um die Welt durch logisches Folgen die äußere Natur konstruieren kann. Wenn auch eine gewisse Logik in ihr waldet (in den Naturtypen und Naturgesetzen), so bedeutet, abgesehen von diesem formalen Element, das Inhaltliche der Natur doch ein logisch Undeutbares. Daß die ausgebreitete Welt gerade so beschaffen ist, wie wir sie erleben (daß z. B. unser Bewußtsein die Welt nicht wie wir sie beschreiben, sondern wahrnehmbar) vermag diese logische Realität aus absoluter Geisteswelt herzuholen? Aber an die schier vermessene Aufgabe hat sich Schelling herangemacht.

Nachdem seine Naturphilosophie jahrezehntlang angestammt war, erhob sich eine Revolte konsequenter jener sachmännigen Naturforscher, die den Grundgedanken, lediglich durch sinnfällige Erfahrungen und Experimente solle man feststellen, was an der Natur ist, solle sich aber nicht in logische Annahmen und spekulierende Hypothesen verstricken. Als Truppenführer nun der gerade Hermann von Helmholtz, der Realismus, ja der Materialismus; und weil dieser mit der damaligen Demokratie ein Bündnis schloß, den Romantizern sogar nachsagte, sie seien Begünstiger von Thron und Altar, kam in Folge der Meinung auf, Schellings Weltanschauung bedeuere Dunkelstimmigkeit und politische Reaktion. Heutzutage neigt der Zeitgeist immer mehr dahin, die Natur zu bezeichnen als die sinnfällige Welt, an die sich die Naturforschung erdreist, als Wirklichkeit anzuerkennen, sondern zugleich die Geisteswelt und feinsinniges oberflächlich hinwegzuziehen über logischen Tiefinn und gemäßigten Grundwerte. So ist denn auch über „Naturphilosophie“ die Geschichte der geistigen Strömungen zu einem geraderen Lichte gelangt.

Den Idealismus Schellings mag die Weltanschauung modernisieren, bemerkenswert wird sie ihn niemals. Wer sich tief befaßt, kann doch wohl nicht leugnen, daß alles, was wir mit unserem Sinnen erfahren, als geistiges Erleben in einem Subjekte gegeben ist, darin es sich unterscheidet von anderen Erlebnissen. In dieser Hinsicht bedürft sich Schellings Meinung, es gebe das äußere Unbewußte aus absoluter Geisteswelt hervor. Wenn das nun stimmt, wird sich die Wissenschaft immerdar zu bemühen haben, aus der Welt des Geistes die Natur herzuholen. Was Schellings Gegner seiner Naturphilosophie vorgebracht haben, hat er aus sich selber gründlich erkannt; tastende Versuche, nicht Dogmen, steht er in der Naturphilosophie und legt das bedeutungsvolle Gebotnis, in aller Naturwirklichkeit malte etwas Bermanntwidrige. Hier nun fand Schelling vor einem Problem, dem er sich nicht entziehen konnte. Er erkannte, daß die Naturphilosophie, die Schopenhauer nennt das Bermanntwidrige, Maßlose, das sich nicht aus der „Dasein“ ableiten läßt, den Weltweisen. Schopenhauer und Hartmann haben diese Einsicht zu hoher Geistesleistung entwickelt. Immerhin hat Schelling einige Vorzüge, indem er sagt, eine Sache liege aus der reinen Dasein nicht fest; die sinnfällige Realität — „den Weltteil ist eben, was durch das bloße Denken nicht geschaffen werden kann.“ Hartmann, der anerkennend das Wort akzeptiert, ist von ihm in seiner „Philosophie des Unbewußten“ beeinflusst worden; unter dem „Anbewußten“ versteht er, anders ausgedrückt, ein Ueberbewußtes, von dem alles psychologische Geschehen und Bewußtwerden den Ausgang nimmt.

Doch hinaus über Hartmann streckt die idealistische Naturphilosophie. Man darf wohl sagen, soweit die Naturphilosophie im Unbewußten einen tiefen Sinn anerkennend und einen Aufstieg in der Natur, liegt sie, direkt oder auf Umwegen, unter dem Einflusse von Nietzsche und Schelling. Ich nenne beispielsweise die Philosophie des Diebstahls und Schiller, die in der Natur ein zweifelhafte Geisteswesen umhert. Wer den Idealismus völlig ablehnt, kann nicht Ungeheim zu halten. Auf diese Weise wird die Weltanschauung zu einer Willkür, wo kein Wort des Profanes quillt, so daß Metaphysik und jeder Idealismus, das Wahre, Schöne und Gute, nur ständige Selbsttäuschung sind. Der „Philosophie“ bedürft hat diese Richtung als die „Nachtantritt“ abgelehnt, der gegenüber man im futuristischen wie logischen Weltversteht, die bereitere, Tagesantritt“ fördern sollte. Die Naturphilosophie des Geistes, das deutsche Volk, existiert in allen Werten und durch Schelling hindurch.

Sein Idealismus hat etwa folgende Grundzüge: Das Geisteswesen, ein Wort, das man nicht leugnen darf, indem es nicht bloß eine ist, sondern zugleich ein Anderes; das Heile. Das so Unterirdische fühlt sich zunächst aus Gott heraus, und dieser Zustand ist ein Begreifen, in dem das Leben und die Leidenschaft nebst Sünde und Schuld ein Hauptrolle spielen. Die andere Hauptrolle ist die Sünde des Drama: In der Schöpfung entspricht aus Leib und Enttäuschung eine Geburtsnach, die Sünde des Unbewußten, und der nach solchem Ziele ringende Idealismus ringt fernerhin empore als Mennezenziehung und geschichtliche Entwicklung der Völker, als Religion und Ethik, als Wissenschaft und Kunst. Sein philosophisches Bekenntnis faßt Schelling in folgenden Worten zusammen: „Ich bin der Gott, der sie die Welt am Anfang hat, der bereit, der sie in der Welt bewegt. Wenn Schiller sagen, der Mensch ist ein Erzeug der ersten Lebensstufe, wo Kraft in Kraft und Stoff in Stoff verweilt, die erste Brut, die erste Knospe schwillt, zum ersten Strahl von neugeborenen Licht, das durch die Natur wie eine zweite Schöpfung bricht und aus dem taufend Augen der Welt den Himmel, so Tag wie Nacht erhellt, darauf zu des Gedankens Augenkraft, wodurch der Mensch, das Leben, ein Wechselpiel von Demut und dem Erleben.“

Typhus, Malaria und Biehmilch. Nach Mitteilung der *„Veranda“* herrscht in nördlichen Sibirien eine furchtbare Typhus- und Malariaepidemie. Besonders der Volksstamm der Chukotki ist außerordentlich von diesen Krankheiten heimgegriffen worden. Die Sterblichkeit der Kranken ist enorm gewesen. In der Transsibirischen Republik herrscht unter dem dortigen Viehhältern die Biehmilch, die eine ungeheure Ausbreitung angenommen hat.

Drastische Konstitution auf dem Meere. Der Dampfer *„Angers“* nach China und Japan kehrte in der Folge nach Marzelle zurück. Ein Kapitän machte von folgenden interessanten Fall, der sich auf offener See zwischen Colombo und Dibruti ereignete. Mitteilung: Die *„Angers“* erhielt von dem Dampfer *„Kapitan Jarek“* die dringliche Mitteilung, dass einer seiner Offiziere schwer erkrankt sei. Da sich aber auf dem Dampfer *„Kapitan Jarek“* kein Arzt befand, könne dem erkrankten Offiziere nicht geholfen werden. Der Arzt der *„Angers“* versuchte nun eine Konstitution bei dem Kranken mittels drablicherer Zergliederung zu erwirken, was ihm auch gelang. So blieb der Arzt während acht Tagen auf diese Art in ständiger Verbindung mit seinem Kranken. Dabei ließen naturgemäß die beiden Schiffe ihre Fahrt fort. Nach etwa acht Tagen war der Patient so weit hergestellt, daß er sich außer Gefahr befand.

Brückenbauten auf Java. Der Bezirk Batavia hat 100 000 Gulden für den Bau von sechs Brücken in den Distrikten Zilamao, Tjoeien und Panonoeen bewilligt. Dieses ist eine Folge der Unterhandlungen zwischen der Abteilung holländischer Wege des Departements E. D. B. und des Bezirksrates von Batavia, wobei eine Uebereinstimmung über den Bau eines Verbindungsweges Batavia-Geribon erzielt wurde. Die sechs Brücken werden so gebaut werden, daß sie sich für den Straßenbahnverkehr eignen sind. Eine davon ist eine große Brücke über die Tjoepoenegara.

merkte, daß die Gefangenen mehrbündig auf den Anblick des Tieres reagierten. Sie setzten ihre Freunde am Hund auf alle Weise, und als er eines Tages ohne Hund kam, herrschte allgemeine Enttäuschung. Das bestimmte ihm dann, der Oberster einen Hund zu kaufen, wog er einen Schäferhund wählte. Der Kaplan berichtete ihm, daß er niemals ein freundlicheres Tier gesehen habe: es macht die Hunde, kennt jeden Straßling und Wächter, und überall, wo es erheut, peitern sich die Mienen an. Ja, der Kaplan ist sehr überzeugt, daß die Anwesenheit des Hundes im Gefängnis die ganze Atmosphäre stark beeinflussen und erzieherisch auf das Gemütsleben der Gefangenen einwirken werde.

Schwänze und Schwänken der Gefangenen. Alles schon abgeholt. Laster ein besteses Haar, das selbst bei dem „modernen“ Kriminalem, dem Kampffass, keine Verdrigung hat. Wie nämlich der scheidende Forscher Grand Nordenslicht nachweisen konnte, benutzten die südamerikanischen Indianer ein unangenehmes, ja lebensgefährliches Gas als Kampfmittel. Den Dampf des Gases schwänzen. So berichtet der Spanier Oviedo's Balde's von einem Völkchen in der Gegend von Sankta Petrus. Auch der sehr bei den Indianern markierten vor der amerikanischen Front und trugen in einer Hand der Pfanne und glühende Kohlen, in der anderen gemahlenen Pfeffer. Bei günstigen Umständen ist Pfeffer in die Pfanne, woraus dann ein brennender Dampf auslief, der die Spanier zu lang dauerndem Kleben und ihre Keulen in Unordnung brachte. Auch der sehr bei den Indianern markierten vor der amerikanischen Front und trugen in einer Hand der Pfanne und glühende Kohlen, in der anderen gemahlenen Pfeffer. Bei günstigen Umständen ist Pfeffer in die Pfanne, woraus dann ein brennender Dampf auslief, der die Spanier zu lang dauerndem Kleben und ihre Keulen in Unordnung brachte. Auch der sehr bei den Indianern markierten vor der amerikanischen Front und trugen in einer Hand der Pfanne und glühende Kohlen, in der anderen gemahlenen Pfeffer. Bei günstigen Umständen ist Pfeffer in die Pfanne, woraus dann ein brennender Dampf auslief, der die Spanier zu lang dauerndem Kleben und ihre Keulen in Unordnung brachte.

damals bei den Portugiesen in Gebrauch, wie der Franzose zu Larre erzählt. Man tauchte einfach ein Taschentuch in guten Wollöl, das es vor die Nase und gab damit die unangenehme und verberbernde Wirkung des Pfefferdampfes auf, weil die unangenehme Wirkung in geschlossenen Räumen natürlich tödlich werden konnte.

Ueber die Geschwindigkeit schwimmender Fische. Lommen bisher nur wenige unerlässliche Beobachtungen angestellt worden. Doch hat Professor Meyer an den Vierfächeln eine solche Beobachtung vorgenommen. Diese Fische wandern im Herbst von den Gattplätzen in der Bielemer Flußmündung und legen in 24 Stunden etwa 40 Kilometer zurück. Bei einem durch eine Blomben bezeichneten Raub wurde ermittelt, daß der Fisch in 82 Stunden 135 Kilometer in der Bielemer Flußmündung geschwommen war.

Wie alt ist das Glas? Man glaubte früher, daß das Glas eine verhältnismäßig junge Erfindung sei, die erst zur Vermehrung der Bevölkerung erfaßt habe. Die ägyptischen Königsgräber haben uns jedoch eines anderen belehrt. Denn es finden sich in ihnen Darstellungen von Glasmachern, und Funde haben ergeben, daß auch das Schmelzen des Glases den alten Ägyptern um das Jahr 2500 v. Chr. bereits bekannt gewesen sein muß. Auch in China ist die Glasherstellung um 3000 v. Chr. bereits bekannt worden. Die aus dieser sehr ursprünglichen Versuchungsmasse des Glases abgerieben, nämlich die zu Fensterflüssen, dattiert erst aus der Neuzeit. Nur ganz vereinzelt wurden im Kaiserlichen Rom hin und wieder einmal kleine Gefäße als Fenster verwendet. Gläserne Dächer waren häufiger, und funktionsfähige Wandfenster war eine Lebenswürdigkeit der römischen Paläste.

Kunst und Wissenschaft.

Ueber Meeresschwämme sprach Professor Dr. Reiner Wien auf dem letzten Kongress für Thalassotherapie. Das Wesen des Klimas und seine Einwirkung auf den Gesundheitszustand wurde bis vor kurzem auch von wissenschaftlich hochstehenden Kreisen unterschätzt. Das lag daran, daß die Einflüsse des Klimas früher nur bei Gefunden und im Zierexperiment untersucht wurden. Nur erfolgt auch eine Klimawirkung auf den Menschen, aber nicht in dem Maße wie auf den Kranken und Schwächlichen. Auch wird das Klima häufiger beeinflusst als der Erwachsene. Ein bloßes Hinreisen auf den See ist für einen kräftigen Mann ein harmloses Abenteuer, für den meisten Menschen aber wirkt das klimatische Faktoren des Klimas ausgiebig: der Sonnenbestrahlung, dem Wind, der Stärke und dem Wellenschlag. Sie alle legen einen Quatzen, der neben der Ernährung eine Vermehrung des Stoffwechsels im Körper hervorruft. Weiter beobachtet man, vermehrte Blutbildung, die von der Sonneneinstrahlung abhängt, in vermehrten Wachstum, veränderte und beschleunigte Reaktion der Hauptkapillaren, vermehrtes Wachstum, vermehrte Umfassung von Armen und Beinen bei gleichzeitiger Abnahme des Bauchumfangs. Da die Klimareize nur wirken, wenn sie die Haut des Körpers treffen, aber nicht in geschlossenen Raum, hat man es völig in der Hand, die Stärke der Klimawirkung zu dosieren. Für die Wintermonate abends in dem klimatischen Kabinen, ist es besonders wichtig, die Kinder trotzdem ins Freie zu bringen. In der Zeitenteilung der Kinderbeine muß allerdings darauf Rücksicht genommen werden, und es müssen Sport und Sportspiele im Freien getrieben werden, damit die Kinder möglichst leicht gewöhnt am Freien Wind und Sonne ausgeübt werden.

Handwerker Reichsbetriebe? Weisliche Männer der Wirtschaft weisen mit Nachdruck darauf hin, daß die Verminderung der Ausgabenbesit der öffentlichen Körperschaften besondere Aufmerksamkeit erfordert. Da ein erheblicher Teil der Ausgaben für die Arbeiter und Gemeinden von Reichsbetrieben (bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer allein 90 v. H.) wird eine gesunde Finanzwirtschaft sich nur entwickeln können, wenn auch diese Körperschaften zur äußersten Sparsamkeit angehalten werden. Aber der gut geäußerte Gedanke, das Reich in der letzten Zeit vorbildlich und äußerster Strenge als irgend erheblicher Ausgaben vermieden habe, bedarf noch einer kritischen Nachprüfung.

Es scheint insbesondere, daß die vom Reich und von anderen öffentlichen Körperschaften betriebenen Unternehmungen in geradezu beispielloser Weise effizienter Mittel verwirtschaften. In die bekannten Vorgänge bei der preussischen Staatsbahn wird in diesem Zusammenhang sofort wieder denken. Handelt es sich hier um einen vereinigten Vorgang? Der Staatsbürger wird sich diese Frage vorlegen, wenn er die Goldanlagen der Reichsbetriebe zu Gesicht bekommt, und kritisch zu würdigen vermag.

Die Deutschen Werke A.-G., die wohl in einem Duzend derartigsten bei den verschiedensten industriellen Gebieten arbeiten, haben vom Reich Zuschlagszertifikate übernommen, deren Wert nicht genau festzustellen ist, aber kaum auf viel weniger als eine Milliarde Goldmark zu beziffern sein wird. Sollte diese Zertifikate zu hoch sein, so wird man als Widerspruch den Betrag von 100 Millionen reines unverschuldetes Goldkapital annehmen müssen. Nach einer Mitteilung in der Berliner Börsen-Ztg. vom 7. Oktober 1923 hat das in den Vorstand der Deutschen Werke delegierte Aufsichtsratsmitglied der Reichsbetriebe die ihm das Stammkapital auf 28 Millionen Goldmark umgesteilt und eine Reserve von 20 Millionen ausgesetzt.

Leipziger Produktmarkt.

Leipzig, 27. Jan. Weizen, inländ. 255-260, Feinster unter No. 1; Roggen inländ. 260-270, Feinster unter No. 1; Gerste, Sommer inländ. 290-300, do. Wintergerste 245 bis 270; Hafer, inländ. 180-220, Feinster unter No. 1; Mais, amerik. runderück. 235-245; Raps 370-400; Erbsen 280-325. Breite 10000 Rilo netto fraglich Leipzig.

Stettener Markt.

Berlin 27. Jan. Weizen, inländ. 255-260, Feinster unter No. 1; Roggen inländ. 260-270, Feinster unter No. 1; Gerste, Sommer inländ. 290-300, do. Wintergerste 245 bis 270; Hafer, inländ. 180-220, Feinster unter No. 1; Mais, amerik. runderück. 235-245; Raps 370-400; Erbsen 280-325. Breite 10000 Rilo netto fraglich Leipzig.

Bunte Zeitung. Die Kräfte der Welt. Es war ein alter Glaube, daß die Welt eine Kugel sei. Und bis vor kurzem hat sie wohl angewendet wurde, von arabischen Kugeln sein können. In dem *„Arabische“* eines gewissen Adam Cantecro, das aus dem 17. Jahrhundert stammt, sind diese Kräfte angegeben. Sie sind zum Teil höchst eigenartiger Natur. So war der Diamant gut gegen Wahnwitz, böse Einflüsse, Dämonen und Krieg. Der Ahar half gegen Störpöten und Schlangenbisse; außerdem verschärfte er, wenn man ihn bei sich trug, zu einer lebhaften und angenehmen Webe. Der Topas wurde gegen Subukri angewandt; auch nahm man an, daß er, auf eine Wunde gelegt, die Wundheilung förderte. Der Rubin war gut gegen böse Träume; seltsamer Weise sollte er auch zur Kopfreinigung nützlich sein; wenn er den Stein an dem Haar reibt, so zieht er die Schuppen und die Haasse an wie ein Magnet das Eisen; heißt es in dem *„Arabische“*. Von dem Beryll ging die Sage, daß er den Verstand schärft und die Eingekerkerten unter den Hekulanten erheitert. Der Amethyst endlich hatte die spagyrische Eigenschaft, daß er den Menschen von der Trunkenheit heilte und zwar — wenn man ihn auf dem Nabel trug.

Ein anderes Beispiel: Die mitteldeutschen Städtewerke, die das auf Kosten des Reichs erhaltene Kapital und das Brand-Garolche Verfahren betreiben, haben zweifelslos nicht weniger als 100 Millionen Goldmark an Anlagen und Einrichtungen gekostet. Umgesteilt ist das Gesellschaftskapital auf 20 Millionen Goldmark. Ähnliche Verhältnisse finden wir bei den Reichsbetrieben in der Aluminiumindustrie.

Es handelt sich hier um selbständige Unternehmungen in der Form privater Gesellschaften. Die Geschäftsführung untersteht daher nicht der allgemeinen Rechnungslegung bei der Verwaltung des Reichsbudgets. Trotzdem dürfte es angebracht erscheinen, den Vorgängen die öffentliche Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Leipziger Produktmarkt.

Leipzig, 27. Jan. Weizen, inländ. 255-260, Feinster unter No. 1; Roggen inländ. 260-270, Feinster unter No. 1; Gerste, Sommer inländ. 290-300, do. Wintergerste 245 bis 270; Hafer, inländ. 180-220, Feinster unter No. 1; Mais, amerik. runderück. 235-245; Raps 370-400; Erbsen 280-325. Breite 10000 Rilo netto fraglich Leipzig.

Stettener Markt.

Berlin 27. Jan. Weizen, inländ. 255-260, Feinster unter No. 1; Roggen inländ. 260-270, Feinster unter No. 1; Gerste, Sommer inländ. 290-300, do. Wintergerste 245 bis 270; Hafer, inländ. 180-220, Feinster unter No. 1; Mais, amerik. runderück. 235-245; Raps 370-400; Erbsen 280-325. Breite 10000 Rilo netto fraglich Leipzig.

Warum quälen Sie sich bei der Wäsche?

Warum reiben Sie die Wäsche so und schädigen Sie dadurch? Warum lösen Sie die Wäsche so lange, wovon Sie so viele, und verwenden dabei Arbeit, Zeit und Feuerungs material? Das alles haben Sie heute gar nicht mehr nötig, wenn Sie das organische **Burnus** (D.R.P.) benutzen. Die überraschende Wirkung der bekannnten **Keinen Patrone Burnus** beruht auf dem Gehalt an Enzymen der Pantdroßbräue, welche die wundervolle Eigenschaft haben, den Schmutz von der Wäsche vollständig abzuheben, ohne die Wäschehülle auch nur im geringsten anzugreifen, denn irgendwelche schädlichen Stoffe wie Chlor, Sauerstoff, Boraxlösung usw. enthält Burnus nicht. Sie haben nur nötig, die Wäsche einige Stunden — am einfachsten über Nacht — in lauwarmem, evtl. kaltem Wasser, dem Burnus zugefügt ist, einzulegen, und der größte Teil des Schmutzes wird selbstständig losgelöst und geht in das Wasser über, was an dessen schmutziger Farbe deutlich zu erkennen ist. Die Erfindung des Burnus bedeutet eine vollständige Umwälzung im Waschlverfahren, indem das Hauptgewicht auf das Einweichen gelegt wird, während das eigentliche Waschen nur noch eine Art kurzer Nachbehandlung darstellt. Weitere Ausführungen über Burnus und seine Wirkung auf Schmutz durch die Faltlager Werte A. G., Berlin NW 7. Burnus ist in einschlägigen Geschäften zu haben. Machen Sie sofort einen Versuch mit

